

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
am Donnerstag, dem 18. Juni 2020, um 19.00 Uhr,
im regionalen Bürgerzentrum, Sitzungsraum "Realschulraum I" im
Untergeschoss**

(gemäß Hauptsatzung vom 24.10.2019: 9 Mitglieder)

Anwesend:

Ausschussvorsitzender: Stadtvertreter Hartig

Weitere Ausschussmitglieder: **stimmberechtigt:**
Stadtvertreterin Höll
Stadtvertreter Huet
Stadtvertreter Lerbs
Stadtvertreter Reichelt
Stadtvertreterin Schaedla
Stadtvertreter Wensierski
Bürgermeisterin Wilken

Antragsberechtigte Teilnehmer: Bürgermeister Hinrichs

Protokollführerin: Frau Kuhlmann
(Bürgermeister- und Stadtvertretungsbüro)

**Nicht anwesende, nicht
vertretene Ausschussmitglieder
sowie nicht anwesende
beratende Mitglieder oder
antragsberechtigte Teilnehmer:** Stadtvertreterin Dreßler

**Andere Teilnehmerinnen oder
Teilnehmer:** Frau Sell (Leiterin Fachbereich Finanzen und
Innerer Service)
Herr Peters (Verwaltung, IT)
Herr Görges (Verwaltung, Kämmerer)
Herr Sievers (Leiter Bürgermeister- und
Stadtvertretungsbüro)
Herr Giermann (Seniorenbeirat)

**Nach § 22 GO ausgeschlossene
Teilnehmerinnen und
Teilnehmer:** --

Zuhörerinnen und Zuhörer: 1 (ab ca. 19.08 Uhr)

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Stadtvertreter Hartig, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung vom 08. Juni 2020 form- und fristgerecht zugegangen und der Hauptausschuss beschlussfähig ist.

Änderungen oder Ergänzungen der Tagesordnung werden nicht gewünscht.

Tagesordnung

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO
2. Entscheidungen über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung am 28. November 2019
3. Einwohnerfragestunde
4. Mitteilungen des Hauptausschussvorsitzenden
5. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Verwaltungsangelegenheiten
6. Veränderung Jahresabschluss 2018
7. Jahresabschluss 2019 der Stadt Büdelsdorf
8. Digitalisierung der Stadtverwaltung Büdelsdorf
- Anfrage der CDU-Fraktion -
9. Ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte
10. Frauenförderplan der Stadt Büdelsdorf
11. Aktueller Sachstandsbericht aus dem Bereich Beteiligungsmanagement/
Beteiligungsverwaltung
12. Bericht über die Umsetzung der Beschlüsse
- der Stadtvertretung
- des Hauptausschusses
13. Bericht über die Prüfung
- des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2018 der
Entwicklungsgesellschaft Borgstedtfelde mbH (EGB)
14. Fragestunde der Hauptausschussmitglieder

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO

Die Mitglieder des Hauptausschusses teilen keine Ausschließungsgründe mit.

2. Entscheidungen über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung am 28. November 2019

Es liegt eine Einwendung der CDU-Fraktion vom 23.02.2020 vor. Stadtvertreter Wensierski erläutert, weshalb der CDU-Fraktion die nachstehende Ergänzung der Niederschrift zur Sitzung am 28. November 2019 wichtig ist.

Die Ergänzung lautet:

Auf Nachfrage wird seitens der Verwaltung bestätigt, dass eine nicht verfügbare Erweiterung um E-Government oder andere Bausteine des günstigeren Anbieters durch andere Anbieter problemlos erfolgen kann, die vorhandenen Schnittstellen reichen dafür aus.

Diese Ergänzung der Niederschrift wird einstimmig von den Hauptausschussmitgliedern beschlossen.

3. Einwohnerfragestunde

Die Anwesenden stellen keine Fragen.

4. Mitteilungen des Hauptausschussvorsitzenden

Ausschussvorsitzender Hartig hat keine Mitteilungen zu machen.

5. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Verwaltungsangelegenheiten

Bürgermeister Hinrichs dankt all denjenigen, die sich aktiv in Zeiten von Corona ehrenamtlich eingesetzt haben, für ihre zahlreichen und vielfältigen Unterstützungen. Ebenso geht sein Dank besonders an die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in den Einrichtungen Corona-bedingt deutlich mehr gefordert waren.

Bezüglich des geplanten Neubaus an der Astrid-Lindgren-Schule (Ersatzbau für ehemaligen Bertolt-Brecht-Trakt) geht Bürgermeister Hinrichs davon aus, dass bis Ende Juli die verbindlichen Angebote der Architekten vorliegen und Anfang August der entsprechende Honorarvertrag unterzeichnet werden kann.

Beim Anbau des Kindergarten Lummerland stehen verschiedene Bemusterungen an, wie zum Beispiel die Art der Fassade. Hier ist auch die Beantragung von Fördergeldern beim Kreis Rendsburg-Eckernförde vorgesehen.

Das Naturfreibad hat unter Corona-bedingten Vorgaben geöffnet.

Zu den städtebaulichen Entwicklungen stellt Bürgermeister Hinrichs heraus, dass der Mietvertrag bezüglich des Gebäudes der ehemaligen Emil-Nolde-Schule kurz vor dem Abschluss steht. Inhaltlich konnten günstigere Konditionen erzielt werden, als in der Sitzung der Stadtvertretung am 12. Dezember 2019 angenommen.

Zum Gewerbegebiet Trichterbecherweg teilt Bürgermeister Hinrichs mit, dass nur noch 9 Grundstücke unbebaut sind. Eines davon ist bereits verkauft, für 7 Grundstücke liegen Reservierungen vor. Begehrte sind derzeit eher die kleineren Grundstücke mit 3.000 bis 5.000 Quadratmetern, für welche eine Warteliste besteht. Er hofft, dass hier der B-Plan bald den notwendigen Stand erreicht hat, um diese Fläche von ca. 45.000 qm zügig vermarkten zu können.

Zum ehemaligen Erdbeerfeld berichtet Bürgermeister Hinrichs, dass ein Kaufvertrag für das letzte freie Grundstück kurz vor dem Abschluss steht.

6. Veränderung Jahresabschluss 2018

Der Ausschussvorsitzende, Stadtvertreter Hartig, führt in diesen Tagesordnungspunkt ein.

Dabei bezieht er sich auf die Vorlage zu dieser Sitzung, in welcher erläutert wird, dass aufgrund von noch notwendigen Vorjahresabgrenzungen und einem Kasseneinnahmerest sich der Jahresabschluss 2018 um ca. 0,1 % unwesentlich bei den Einnahmen und Ausgaben verändert.

Hiermit wurde der Hauptausschuss darüber informiert und nimmt dies zur Kenntnis.

Ebenso ist noch die Stadtvertretung über diese Änderung zu informieren.

Die Veränderung des Jahresabschlusses wird im Anschluss an die Sitzung der Stadtvertretung am 25. Juni 2020 der Kommunalaufsicht offiziell mitgeteilt.

7. Jahresabschluss 2019 der Stadt Büdelsdorf

Ausschussvorsitzender Hartig führt in diesen Tagesordnungspunkt ein und verweist dazu auf die Vorlage zu dieser Sitzung.

Einige Fragen der BWG-Fraktion zu dieser Vorlage konnten bereits im Vorfeld geklärt werden.

Stadtvertreter Reichelt bittet mit Hinweis auf das Bilanzkonto "Forderungen ohne Gegenkontoreferenz" um Erläuterung, weshalb dort rund 1 Million auch in den

2017 und 2018 enthalten sind. Weiter möchte er wissen, ob es dazu einen Bezug auf die Bilanz 2008/2009 gibt und ob ggf. die Ausbuchung der Forderungen eine außerordentliche Abschreibung darstellt. Ihm fehlt an dieser Stelle die Substanz.

Herr Görge erklärt, dass sich der Anfangsbestand bei dem Bilanzkonto "Forderungen ohne Gegenkontenreferenz" im Wesentlichen aus den Übernahmen von Kassenresten aus dem Jahr 2008 zusammensetzt. Dem Anschein nach wurden die Forderungen bei der Umstellung auf die Doppik bei diesem Bilanzkonto verbucht. Der Abgang der Forderungen aufgrund der Begleichung der Forderungen ist dann jedoch auf einem anderen Bilanzkonto erfolgt (z.B. öffentlich-rechtliche Forderungen). Zur Korrektur würden die entsprechenden Beträge lediglich umgebucht.

Nach Abschluss der Beratungen fasst der Hauptausschuss den nachstehenden

Beschluss:

Der Hauptausschuss erteilt - in Anlehnung an § 95 n GO - folgenden freiwilligen Bestätigungsvermerk:

„Wir haben den Jahresabschluss 2019, bestehend aus der Bilanz, dem Anhang und dem Lagebericht der Stadt Büdelsdorf zum Stichtag 31.12.2019 nach § 95 n GO geprüft. Die Bilanz zum 31.12.2019 gibt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt. Sie wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung erstellt.

Die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften, die sie ergänzenden Satzungen und sonstige ortsrechtliche Bestimmungen wurden beachtet. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen.

Der Lagebericht steht im Einklang mit der Bilanz und seine sonstigen Angaben erwecken keine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt. Insoweit wird dieser Bestätigungsvermerk ohne Einschränkungen erteilt.“

Abstimmungsergebnis:

Ja: 6	Nein: 0	Enthaltungen: 2
-------	---------	-----------------

Dieser freiwillige Bestätigungsvermerk wurden von 6 der anwesenden Hauptausschussmitglieder unterzeichnet.

**8. Digitalisierung der Stadtverwaltung Büdelsdorf
- Anfrage der CDU-Fraktion vom und Antrag der CDU-Fraktion vom**

Ausschussvorsitzender Hartig verweist auf die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass ergänzend hierzu ein Antrag der CDU-Fraktion vom 27.11.2019 mit folgendem Wortlaut vorliegt:

1. Die Position eines Digitalisierungsbeauftragten ist einem Mitarbeiter der Stadtverwaltung zu übertragen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bedarfsanalyse für eine Digitalisierungsstrategie zu erstellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Nutzungs-, Datenschutz- und Sicherheitskonzept für eine Digitalstrategie für die Stadt Büdelsdorf zu erarbeiten.
4. Die Geschäftsordnung der Stadt Büdelsdorf ist entsprechend zu ändern.

Weiter liegt von der CDU-Fraktion die mit der Sitzungsvorlage ausgegebene Anfrage vom 23.02.2020 vor.

Ausschussvorsitzender Hartig stellt heraus, dass die Digitalisierung ein wichtiges politisches und gesellschaftliches Thema ist. Er begrüßt, dass der Vorstand der Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg AöR beschlossen hat, sich mit der Entwicklungsagentur AöR für unsere Region an dem Wettbewerb "Digitale Modellkommune Schleswig-Holstein" zu beteiligen.

Bürgermeister Hinrichs bekräftigt dies und verweist auch auf das Onlinezugangsgesetz, nach welchem bis Ende 2022 die Behörden verpflichtet sind, Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Die Mitgliedschaft im ITVSH sieht er für diesen Prozess als sehr wichtig. Dieser hat bereits die rund 600 Verwaltungsleistungen herausgearbeitet und in einem Online-Handbuch zusammengestellt. Die für die Umsetzung erforderlichen technischen Anforderungen und Schnittstellen sind noch nicht beschrieben.

Bürgermeister Hinrichs berichtet weiter, dass die Erstellung eines Bürgerportals, (federführend vom Amt Hüttener Berge entwickelt), eines Mobilitätsportals, (federführend über die Entwicklungsagentur AöR entwickelt), und eines Beteiligungsportals in Vorbereitung sind. Diese Programme sind in die EDV-Strukturen der Verwaltung zu implementieren.

Über das vom Onlinezugangsgesetz vorgegebene "Pflichtenheft" hinaus können in Kooperation mit weiteren Akteuren aus der Region in zusätzlichen freiwilligen Bereichen weitere Akzente gesetzt werden.

Für die Einrichtung des Regionalportals wird die Entwicklungsagentur AöR über einen Zeitraum von 3 Jahren jeweils 50.000,- Euro einplanen.

Für das Zukunftsprojekt "autonomes Fahren" im Rahmen der 5G-Technik engagieren sich die Stadtwerke SH GmbH & Co. KG. Hierfür ist gegebener Zeit die notwendige Infrastruktur zu schaffen (z.B. entsprechend ausgestattete Laternen).

Abschließend gibt Bürgermeister Hinrichs gekannt, dass sich in der Verwaltung ab August eine Projektgruppe mit dem Thema Digitalisierung befassen wird, an welcher

unter anderem Herr Sievers, Frau Sell, Herr Peters und eine weitere Kollegin mitwirken werden.

Herr Sievers berichtet, dass - angestoßen auch durch die Corona-Beschränkungen - die verwaltungsinterne Digitalisierung große Fortschritte gemacht hat. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden mit entsprechend dafür eingerichteten Laptops ausgestattet und konnten damit einen Zugriff auf die Server im Rathaus über W-Lan erhalten. Somit wurde diesen ein uneingeschränktes Arbeiten im Home-Office ermöglicht.

Als eine weitere digitale Neuerung stellt Herr Sievers die Online-Terminvergabe für die Besucher und Besucherinnen des Rathauses über die Homepage der Stadt Büdelsdorf heraus, über welche einfach und zuverlässig ein Termin mit dem gewünschten Sachbearbeiter vereinbart werden kann und dabei gleich die notwendigen Unterlagen benannt werden. Auf diese Weise entfallen Wartezeiten und der/die Sachbearbeiter/in wird bestens vorbereitet angetroffen. Dies zusammen führt zu einer sehr zügigen Abwicklung.

Für eine Vorreiterrolle in Sachen "Erarbeitung einer Digitalisierungsstrategie" sieht Herr Sievers die Stadt Büdelsdorf als Kommune zu klein. Es müssen regionale Lösungen für die standardisierten Verfahren geschaffen werden, bei Insellösungen nur für Büdelsdorf entstehen zu viele Schnittstellen.

Aus seiner Sicht sind in den jährlichen Haushalt rund 20.000 bis 25.000 Euro einzustellen, um die Zuarbeiten und notwendigen Tools finanzieren zu können.

Im Anschluss erteilt Frau Kuhlmann einige Informationen zum Stand der Einführung des Ratsinformationssystems.

Vereinbart wird, dass die bei der Stadt hierfür bereits angeschafften und entsprechend installierten Tablets demnächst ausgegeben werden und die Schulungen für Nutzung dieser Tablets organisiert werden.

Die Schulungen speziell für die Handhabung des Ratsinformationssystems werden dann anschließend nach der Sommerpause angesetzt, zeitnah in Verbindung mit bevorstehenden Sitzungen, damit Gelegenheiten zum Üben gegeben sind.

Stadtvertreter Wensierski begründet anschließend ausführlich den Antrag und die Anfrage der CDU-Fraktion.

Er stellt heraus, dass Büdelsdorf noch am Anfang der Digitalisierung steht und mit der Digitalisierung neue Handlungsräume und Chancen eröffnet werden.

Dabei wird die Digitalisierung nicht nur die reine Stadtverwaltung betreffen, sondern auch andere Optionen wie Apps zu Gesundheit, Einkaufen, Unterstützung bei Krankheit und Mobilität ermöglichen.

Jeder wird aufgrund der Pluralität unterschiedlich damit umgehen.

Weiter spricht er das Projekt "smart city" an, welches vom Bund gefördert wird und bei dem sich andere Kommunen beteiligt haben.

Stadtvertreter Wensierski bezweifelt, dass es bis Ende 2022 gelingen wird, das Onlinezugangsgesetz umzusetzen. Von den 4 Reifegradstufen sei die höchste Reifegradstufe noch von keinem erreicht worden.

Nach seiner Ansicht soll die Kommunikation weiterhin persönlich erfolgen und durch die digitalen Möglichkeiten ergänzt werden.

Corona habe als "gamechanger" Veränderungen in die Arbeitswelt gebracht, hier nennt Herr Wensierski beispielhaft das Homeoffice und Videokonferenzen.

Er plädiert dafür, nicht abzuwarten, sondern Schritte hin zur Digitalisierung zu gehen und verantwortliche Entscheidungen zu treffen für ein gutes und gesundes Leben.

Ausschussvorsitzender Hartig gibt die Zusage, dass die SPD-Fraktion die Verwaltung bei diesem Prozess begleiten und die Verantwortung mit übernehmen wird. Die Chancen und Vorteile sieht er auch in der Transparenz innerhalb der Verwaltungsabläufe und beispielhaft in den intelligenten Suchmöglichkeiten.

Stadtvertreter Huep hofft, dass die "Digitale Modellkommune" (siehe oben) alles abdeckt, was Inhalt des CDU-Antrages war.

Bürgermeister Hinrichs äußert Bedenken zu einem Beitritt zum Zweckverband "Communit", da damit eine Übertragung der gesamten EDV-Struktur an Communit verbunden wäre und die Verwaltung ihre eigenen Gestaltungsmittel aus der Hand geben würden. Zudem nimmt Communit derzeit keine neuen Mitglieder auf. Den größten Aufwand sieht Bürgermeister Hinrichs in der Umsetzung und der Implementierung der vielfältigen Prozesse.

Herr Giermann, Vorsitzender des Seniorenbeirates, wünscht sich wieder eine Kooperation von Schülern und Senioren, in welcher die Senioren von den Schülern an die aktuellen digitalen Möglichkeiten herangeführt werden und ihre Kenntnisse vertiefen können.

Stadtvertreter Wensierski zeigt hierzu auf, dass solche Schulungen gut per Videokonferenz und über Webinare auch in der aktuellen Coronaphase möglich sind, so dass diese nicht bis auf weiteres ausgesetzt werden müssen.

Stadtvertreterin Wilken gibt zu Bedenken, dass bei der Digitalisierung auch der Datenschutz zu beachten ist.

Sie sieht zum Beispiel das Monitoring für das Ortsentwicklungskonzept als gute Gelegenheit, digitale Möglichkeiten zu nutzen.

Aus ihrer Sicht hat das kurz vor der Einführung stehende Ratinformationssystem vorrangig einen Mehrwert für die Bürger. Daneben ist langfristig auch die Vereinfachung für die Verwaltung zu sehen.

Zum Schluss der Debatte stellt Ausschussvorsitzender Hartig fest, dass die Stadt Büdelsdorf in Sachen Digitalisierung gut aufgestellt sei.

Er befürwortet den Vorschlag der Verwaltung, die Digitalisierung als ständiges Thema im Hauptausschuss zu behandeln.

Stadtvertreter Wensierski pflichtet dem bei und sieht den Hauptausschuss ebenfalls als das federführende Gremium für die Digitalisierung. Er sieht einem regelmäßigen Bericht des Digitalisierungskordinators entgegen.

Die Mitglieder des Hauptausschusses verständigen sich einvernehmlich darauf, den Antrag der CDU-Fraktion nicht zu beschließen, an Stelle dessen die Digitalisierung als festen Tagesordnungspunkt für den Hauptausschuss einzurichten.

9. Ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte

Ausschussvorsitzender Hartig führt in das Thema ein und verweist auf die Sitzungsvorlage und den der Sitzungsvorlage beigefügten Bericht der Gleichstellungsbeauftragten Frau Simon.

Frau Simon hat ihr Amt als Gleichstellungsbeauftragte zu Ende April 2020 niedergelegt.

Die Stellenausschreibung für die Neubesetzung soll im August erfolgen. Dann kann nach Sichtung der Bewerberinnen in einer der folgenden Sitzungen des Hauptausschusses dazu beraten und beschlossen werden.

Auf Frage von Stadtvertreter Lerbs, ob die Ausschreibung auch verwaltungsintern erfolgen kann, antwortet Bürgermeister Hinrichs, dass dies ebenfalls möglich ist. Die Frage von Stadtvertreterin Wilken, ob die Stelle auch mit einer männlichen Person besetzt werden kann, wird von Seiten der Verwaltung verneint, da das Gleichstellungsgesetz nur eine weibliche Besetzung vorsieht.

Der Hauptausschuss nimmt dies zur Kenntnis.

10. Frauenförderplan der Stadt Büdelsdorf

Ausschussvorsitzender Hartig informiert, dass der überarbeitete Frauenförderplan für den Zeitraum 01.01.2020 bis 31.12.2023 der Vorlage zu dieser Sitzung beigefügt war.

Stadtvertreter Wensierski fragt nach dem Nutzen dieses Planes. Ihm wäre wichtig, über die gesetzlichen Vorgaben hinaus weitere frauenförderlichen Aspekte aufzunehmen.

Frau Sell erläutert, dass dieser Plan nach § 11 des Gleichstellungsgesetzes aufgestellt werden muss. Die Mindestvoraussetzungen und Grenzen der Fördermöglichkeiten ergeben sich aus den Vorschriften zum öffentlichen Dienst. Die Stadt Büdelsdorf ist in Hinsicht auf Frauenförderung gut aufgestellt.

Der Hauptausschuss nimmt dies zur Kenntnis.

11. Aktueller Sachstandsbericht aus dem Bereich Beteiligungsmanagement/Beteiligungsverwaltung

Bürgermeister Hinrichs erläutert, dass der neue Gesellschaftervertrag zur Seniorenwohnanlage am Park gGmbH in Arbeit ist und dem Hauptausschuss anschließend zur Beratung vorgelegt werden wird. Derzeit sind noch steuerrechtliche Aspekte zu klären.

Auf einen Geschäftsführer aus den Reihen der Stadt muss zukünftig verzichtet werden, da ansonsten eine Umsatzsteuerpflicht entsteht.

Auf den Aufsichtsrat soll aus seiner Sicht nicht verzichtet werden. Auch soll die Gesellschafterversammlung nicht nur aus der Geschäftsführung der Brücke e.V. und dem Bürgermeister gebildet werden.

Jedoch soll die Anzahl der städtischen Vertreter und der Vertreter von Seiten der Brücke e.V. reduziert werden.

Auf Frage von Stadtvertreter Wensierski, ob der Aufsichtsrat gleichzeitig die Gesellschafterversammlung darstellen kann, erläutert Bürgermeister Hinrichs, dass dies gerade geprüft werde.

Stadtvertreter Reichelt äußert seine Bedenken, dass die Stadt ihre 40% Beteiligung nicht ausreichend vertreten kann, wenn sie nicht an der Geschäftsführung beteiligt ist. Er stellt die Frage nach dem Sinn der Beteiligung.

Hierzu antwortet Stadtvertreterin Wilken, dass die Verlustbeteiligung nicht erheblich, dafür die soziale Kontrolle mit 40% Beteiligung möglich ist. Auf dieser Weise ist die Stadt mit eingebunden, auch wenn sie keine Mehrheit erzielen kann.

Bürgermeister Hinrichs ergänzt, dass auch ein einzelnes Aufsichtsratsmitglied Rechte hat und eine Signalwirkung erzielen kann.

Ausschussvorsitzender Hartig fügt hinzu, dass eine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung den Informationsfluss sicherstellt.

12. Bericht über die Umsetzung der Beschlüsse - der Stadtvertretung - des Hauptausschusses

Ausschussvorsitzender Hartig nimmt Bezug auf die der Vorlage zu dieser Sitzung als Anlage 4 und Anlage 5 beigefügten Berichte.

Eine Beratung hierzu erfolgt nicht.

Der Hauptausschuss nimmt die Berichte zur Kenntnis.

13. Bericht über die Prüfung - des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2018 der Entwicklungsgesellschaft Borgstedtfelde mbH (EGB)

Ausschussvorsitzender Hartig weist darauf hin, dass der genannte Prüfbericht vorliegt. Gem. § 14 Abs. 4 Kommunalprüfungsgesetz (KPG) ist der Hauptausschuss hiermit davon unterrichtet, dass der Prüfbericht vorliegt.

Der Prüfbericht kann während der Öffnungszeiten - Corona-bedingt nach telefonischer Terminvereinbarung mit der Verwaltung - eingesehen werden.

14. Fragestunde der Hauptausschussmitglieder

Stadtvertreter Wensierksi fragt nach, ob schon bekannt ist, welche Firma die Ausschreibung zur Verkehrsentwicklungsplanung übernehmen wird und ob hierzu in der Sitzung des Verwaltungsrates der Entwicklungsagentur beraten wurde.

Herr Sievers berichtet, dass ein Büro ausgesucht wird, konkretere Angaben sind derzeit noch nicht möglich.

Stadtvertreter Reichelt erkundigt sich, ob es sich bei den bisher zum Soll gestellten Gewerbesteuern um 5/12 des Jahresbetrages handelt und dementsprechend mit weiteren Einnahmen geplant werden könne.

Herr Görges erklärt hierzu, dass in den Gewerbesteuererträgen bereits die Jahresbeträge berücksichtigt sind. In den vergangenen Jahren lag der Gewerbesteuerertrag zum gleichen Zeitpunkt über dem Haushaltsansatz. Der Betrag werde sich in den verbleibenden Monaten des Jahres noch ändern, da weitere Messbescheide von den Finanzämtern erlassen werden.

Stadtvertreter Reichelt wünscht sich eine aktualisierte Übersicht zu den Darlehen der Stadt Büdelsdorf. Dies wird ihm von Herrn Görges zugesagt.

Stadtvertreterin Wilken spricht die Themen Finanzen und Konjunkturpaket an, die Ko-Finanzierungszusage liegt vor. Der Finanzbericht gehöre in den Hauptausschuss.

Bürgermeister Hinrichs sagt zu, die wichtigsten Kennzahlen zu nennen und diese nachzureichen. (Anm. der Protokollantin: Die entsprechenden Unterlagen wurden inzwischen an die Mitglieder der Stadtvertretung ausgehändigt.)

Stadtvertreterin Wilken wünscht sich Informationen zur zukünftigen Personalentwicklung. Veränderungen sollen aufgezeigt und der Stand der Dinge erläutert werden.

Bürgermeister Hinrichs weist darauf hin, dass Stellenausschreibungen zuvor jeweils der Politik bekannt gegeben werden. Derzeit suchen alle Kommunalverwaltungen händeringend qualifiziertes Personal. Im Haushaltsworkshop mit der Politik wird ein Bericht zum Thema Personalentwicklung gegeben werden.

Ende der Sitzung: 20.50 Uhr



Vorsitzender
Martin Hartig



Protokollführerin
Simone Kuhlmann